[Berliner Wirtschaft zu Änderungen bei Ausbildungsplatzabgabe: Das Gesetz bleibt falsch]

17.03.26 | Berlin

Berliner Wirtschaft zu Änderungen bei Ausbildungsplatzabgabe: Das Gesetz bleibt falsch

Bürokratie, Kosten, Preise: Das geplante Gesetz von CDU und SPD bedeutet starke Belastungen für Berlin

Die Berliner Wirtschaft lehnt das Gesetz zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe auch mit den jetzt vorgestellten Änderungen ab. Die IHK Berlin, die Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg, der Handelsverband Berlin-Brandenburg, Dehoga Berlin, SIBB - Verband der Digitalwirtschaft, die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg und der Verband Freie Berufe in Berlin erklären gemeinsam dazu:

Trotz Wirtschaftskrise 1.350 neue Ausbildungsplätze

Das Gesetz bleibt auch mit den Änderungen falsch. Die Berliner Unternehmen und Betriebe haben geliefert und innerhalb von zwei Jahren rund 1.350 zusätzliche Ausbildungsverhältnisse geschaffen – trotz schwierigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Was die Berliner Verwaltung erreicht hat, ist

bislang nicht bekannt.

Vor diesem Hintergrund ist für uns nicht nachvollziehbar, warum die Politik nicht die Chance nutzt, auf dem bisher Erreichten aufzubauen und nachweislich erfolgreiche Maßnahmen zur Verbesserung von Berufsorientierung und Berufseinstieg weiter zu verstärken. Die nächste Sitzung des Bündnisses für Ausbildung am kommenden Freitag wäre eine gute Gelegenheit gewesen, entsprechende Schritte gemeinsam abzustimmen.

Abgabe bringt Bürokratie, steigende Kosten und höhere Preise

Aus Sicht der Wirtschaft ist es sehr ärgerlich, dass die Regierungsfraktionen stattdessen wenige Tage vor dieser Sitzung einen Gesetzesentwurf präsentieren und – allen Einwänden zum Trotz – an diesem umstrittenen Vorhaben von zweifelhafter Wirksamkeit festhalten. Die aktuellen Änderungen führen dazu, dass die Abgaben eines kleinen mittelständischen Betriebs, der keine Auszubildenden findet, zur vollständigen Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze in einem Konzern verwendet werden können.

Dieses Gesetz hilft also weder den Jugendlichen noch dem Wirtschaftsstandort Berlin, sondern führt zu zusätzlicher Bürokratie, belastet die öffentlichen Haushalte und den Preis zahlen am Ende die Berlinerinnen und Berliner über Steuern und höhere Preise, wenn Unternehmen zusätzliche Kosten weitergeben müssen.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen

- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF